

N i e d e r s c h r i f t

**der 17. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 28.03.2006**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei.	
PDS		
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei.	
PDS		
Herr Thomas Felke	SPD	ab 18:10Uhr
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBurger	
Herr Dietmar Weirich	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr Dr. Tilo Biesecke	SKE	
Herr Matthias Dreler	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Frau Franziska Godau	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck		
Die Linkspartei. PDS		
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Heiner Schneider	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 14.1 Frische-Großmarkt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 14 Gewerbegebiet Halle-Tornau
Vorlage: IV/2005/05512
 - 4.2. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk
Vorlage: IV/2006/05560
 - 4.3. Gestaltungsbeschluss Schnittstelle "Riebeckplatz/ Hauptbahnhof" Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/ Busbahnhof
Vorlage: IV/2006/05585
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
6. Anfragen von Stadträten
7. Anregungen
8. Mitteilungen
 - 8.1. Mitteilung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 06.02.2006
Vorlage: IV/2006/05653
 - 8.2. Prüfauftrag zur Errichtung von Fußgängerüberwegen (Antrag-Nr. IV/2006/05590)

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Herr Sänger eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Von Seiten der Verwaltung waren anwesend:

Herr Dr. Pohlack, Frau Riedel, Herr Weber, Frau Grimmer, Herr Möbius, Herr Otto

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Herr Ploß hatte der Verwaltung einen Anfragenkatalog zu Heide-Süd übergeben. Dieser soll schriftlich beantwortet werden, außer die Anfragen zur ehem. Landesheilanstalt. Diese sollten unter Mitteilungen behandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Den Änderungen wurde einstimmig zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Wortprotokoll:

Wird auf den PA am 25.04.2006 verschoben.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 14.1 Frische-Großmarkt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 14 Gewerbegebiet Halle-Tornau Vorlage: IV/2005/05512

Wortprotokoll:

Herr Weber begründete die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum VE-Plan Nr. 14.1. Da der Investor kein Interesse mehr hat, ist hier eine planungsrechtliche Bereinigung notwendig.

Herr Prof. Schuh wollte wissen warum hier Bauland zurück in Ackerfläche gewandelt wird und ob die Fläche nicht als Vorhaltefläche für andere Investoren benötigt wird.

Herr Weber erläuterte, dass dies planungsrechtlich nicht möglich ist, da es sich um einen Vorhaben- und Erschließungsplan handelt. Bei Bedarf müsste ein neues Planverfahren angestrebt werden.

Herr Lehmann fragte, ob der 1998 beschlossene FNP landwirtschaftliche Fläche ausweist.

Verwaltung: ja

Herr Lehmann fragte weiter, ob es einen Zusammenhang mit dem in der unmittelbaren Nachbarschaft ansässigen Blumengroßhändler gibt.

Verwaltung: nein

Herr Prof. Schuh fragte, ob es eine gesetzliche Verpflichtung zur Aufhebung des VE-Planes gibt.

Verwaltung: ja

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 94/ I - 04/ 58 der 4. öffentlichen Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 09.11. 1994 über die Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 14.1 Frische-Großmarkt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 14 Gewerbegebiet Halle-Tornau.

zu 4.2 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk Vorlage: IV/2006/05560

Wortprotokoll:

Herr Weber stellte das Vorhaben vor.

Herr Prof. Schuh fragte, ob die zweimalige Vorstellung des Vorhabens im Gestaltungsbeirat (GBR) den Intentionen des Bauherren und des Käufers entspricht oder ob die Verwaltung hier wiederholt „die üblichen Zwangsinstrumente gegen den Bauherren“ einsetzt und dazu einen B-Plan benutzt.

Herr Weber erläuterte, dass es sich um eine gemeinsam abgestimmte Vorgehensweise von Verwaltung und Bauherren mit einem städtebaulichen Vertrag handelt. Der Bauherr selbst hat ein Gutachterverfahren eingeleitet und treibt die Bearbeitung des Entwurfes voran.

Herr Lehmann wollte wissen, ob der GBR erneut in die Diskussion eingebunden wird und warum er per Beschluss (siehe Vorlage) dazu verpflichtet werden soll, da der GBR ein freiwilliges Instrument darstellt.

Frau Prof. Vent ergänzte, dass der GBR auch ohne Anwesenheit und Zustimmung des Bauherren über Projekte diskutieren kann. Die Vorschläge können sowohl aus der Verwaltung als auch aus der Politik eingebracht werden.

Herr Dr. Biesecke wollte wissen, ob die Villa nur Bestandsschutz hat oder eine Bebaubarkeit über den Bestandsschutz hinaus geplant ist. Im FNP ist hier Wald verzeichnet.

Herr Weber antwortete, dass hier im Konsens mit dem Bauherren die Villa so erhalten bleibt und eine Nachnutzung angestrebt wird, keine bauliche Erweiterung. Die Eintragungen im FNP sind nicht parzellenscharf. Die erste Vorstellung im GBR erfolgte auf Initiative des Grundstückseigentümers.

Herr Prof. Schuh stellte den Antrag auf Formulierungsänderung in der Vorlage:
statt

„Sobald detailliertere Planungsunterlagen vorliegen, **ist** der Gestaltungsbeirat erneut in die Diskussion einzubinden.“

soll es heißen

„Sobald detailliertere Planungsunterlagen vorliegen, **soll** der Gestaltungsbeirat erneut in die Diskussion einbezogen werden.“

Dem Antrag wurde mit

3 Ja-Stimmen 4 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt.

Frau Prof. Vent stellte den Antrag, das Vorhaben auf jeden Fall in den GBR einzubringen.

Der Antrag wurde mit

2 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 143 für das Gebiet des Grundstücks ehemaliges Gestüt Kreuz innerhalb des in der Anlage dargestellten Geltungsbereichs.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk.

zu 4.3 Gestaltungsbeschluss Schnittstelle "Riebeckplatz/ Hauptbahnhof" Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/ Busbahnhof Vorlage: IV/2006/05585

Wortprotokoll:

Herr Otto erläuterte das Vorhaben.

Herr Wehrich stellte folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag.

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vorschlag der Vorplanung zur Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/ Busbahnhof dahingehend abzuändern, dass östlich der vorgesehenen Treppenanlage eine sog. Fahrradstation mit Parkdeck zu entwickeln ist. Im Übrigen wird die vorgestellte Planung bestätigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen bis einschließlich LPH 4 (Genehmigungsplanung) mit eingeschobenem Gutachterverfahren nach § 24 (3) der VOF vorzunehmen.

Er begründete den Antrag: der Bau der Fahrradstation sei mit Fördermitteln absicherbar, die Kosten für Betreibung und Betriebskosten könnten über Gebühren abgesichert werden.

Herr Otto bestätigte, dass die NASA eine 90 %ige Förderung in Aussicht gestellt hat. Für Verhandlungen mit eventuellen Betreibern gibt es erste Ansätze.

Herr Sänger fragte nach Erfahrungen in anderen Städten.

Herr Otto bestätigte, dass es in westlichen Bundesländern (vor allem in NRW) gut funktionierende Fahrradstationen gibt. Es sei die Frage, ob die Erfahrungen auf Halle übertragbar sind. Untersuchungen haben ergeben, dass 150 bis 200 Plätze benötigt werden.

Herr Wehrich betonte, dass es zunächst darum geht in der Planung diese Möglichkeit vorzusehen.

Herr Otto erläuterte, dass die Fläche für das ehemals vorgesehene ICE-Hotel dafür geeignet ist.

Herr Heft schätzte den Bedarf an Fahrradabstellmöglichkeiten höher ein, der Bahnhofsvorplatz sei überlastet. Als Betreiber müsste die DB AG selbst Interesse haben. Er unterstützte den Antrag und sprach sich gegen eine nachträgliche Einbringung in die Förderung aus.

Er stellte die Frage, warum bei der vorgesehenen Umgestaltung der Ernst-Kamieth-Straße keine Radwege vorgesehen sind.

Herr Otto antwortete, dass dies gemäß Verkehrsaufkommen nicht notwendig ist, der Radverkehr kann auf der Fahrbahn erfolgen.

Herr Heft widersprach dem Argument, es werde wegen des Zweirichtungsverkehrs zu vermehrten Konflikten zwischen KFZ und Radverkehr kommen.

Herr Möbius erläuterte zur Fahrradstation, dass mit der DB AG bereits verhandelt worden ist. Diese ist lediglich bereit, die Fahrradstation zu vermieten aber nicht zu betreiben. Der bestehende Bedarf spielt eine untergeordnete Rolle, da kostenpflichtige Parkplätze (so die Erfahrungen bei KFZ) nicht angenommen werden. Das würde bedeuten, dass die Stadt sich mit Zuschüssen beteiligen muss, was aus derzeitiger HH-Situation nicht möglich ist.

Herr Wehrich sagte, dass es auch Möglichkeiten gibt, ohne hohe Betriebskosten eine Fahrradstation zu betreiben. Er sprach sich noch einmal für die Integration der Fahrradstation in die laufende Planung aus.

Er bat um eine Erläuterung der komplizierten Führung des Radweges am Kamiethplatz.

Herr Otto erläuterte die gesamte Radführung. Hier wurde Rücksicht auf alten Baumbestand genommen.

Herr Prof. Schuh hielt die Argumente von Herrn Möbius die Fahrradstation betreffend für vernünftig. Die Betreibung müsse erst gesichert sein. Er schlug vor, einen Prüfauftrag zu formulieren.

Herr Sänger schlug vor, die Fläche für eine Fahrradstation freizuhalten.

Abstimmung des Änderungsantrages

Der Antrag wurde mit

4 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

abgelehnt.

Herr Dr. Biesecke fragte, ob auch neue Betreiber der Omnibuslinien Saalkreis als neue Betreiber für den geplanten Pavillon zur Verfügung stehen.

Herr Otto erläuterte, dass die OBS inzwischen kein Interesse mehr an der Betreuung des Pavillons hat.

Herr Dr. Biesecke fragte weiter, ob die Straßenbaulast nach Fertigstellung des Platzes bei der Stadt liegt.

Verwaltung: ja

Die Kosten für den Bau der Überdachung erschienen ihm sehr hoch. Er fragte, ob die Unterhaltung dann auch sehr hoch sei und ob dies akzeptabel sei.

Herr Möbius erläuterte, dass der Fördermittelgeber an einem ansprechenden Erscheinungsbild interessiert ist. Er sagte, dass auch alternative Konzepte für die Überdachung durch die Verwaltung untersucht werden.

Herr Dreßler war auch der Meinung, dass die Kosten für die Überdachung sehr hoch angesetzt sind und bei gebotener Sparsamkeit eine Überdachung ohne gestalterische Verluste möglich ist.

Herr Geuther fragte, ob das ICE-Hotel nicht mehr im Gespräch ist.

Verwaltung: ja

Er gab die Anregung, auf die Oberflächengestaltung (Bildung von Spurrinnen, Ölverschmutzung) zu achten.

Herr Otto antwortete, dass die Haltestellenfahrbahn mit Betonpflastersteinen und die Fahrbahnen in Asphalt ausgeführt werden.

Herr Scholze fragt nach einer Behindertenrampe an der Treppe.

Herr Otto erläuterte, dass eine Behindertenrampe mit sehr vielen Wendepateaus ausgeführt werden müsste und sie damit sehr lang wird. Damit ist dieser Weg unwesentlich kürzer als der bereits vorhandene an den Straßenbahngleisen.

Herr Heft fragte, ob die vom Stadtrat beschlossenen Kriterien zur Kinderfreundlichkeitsprüfung

eingehalten wurden und ob die lapidare Zusammenfassung in der Vorlage alles sei, was die Verwaltung dazu zu sagen hat.

Herr Otto antwortete, dass das entsprechende Regelwerk berücksichtigt wurde.

Frau Schlüter-Gerboth regte an, auf der großen Ebene der Treppe eine Bank zu integrieren.

Die Verwaltung nahm den Prüfauftrag an.

Herr Dr. Pohlack wies darauf hin, dass es sich hier erst um den Gestaltungsbeschluss handelt und ein Gutachterverfahren beschlossen werden soll.

Herr Heft sah hier einen Widerspruch, da im ersten Satz des Beschlussvorschlages steht, die dass die vorgestellte Planung bestätigt werden soll.

Herr Dr. Pohlack entgegnete, dass darin kein Widerspruch besteht, weil es sich in dieser frühen Planungsphase um eine grundsätzliche Aufgabenstellung für das nachfolgende Gutachterverfahren handelt, in der noch keine Details festgesetzt sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 2

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die vorgestellte Planung wird bestätigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen bis einschließlich LPH 4 (Genehmigungsplanung) mit eingeschobenem Gutachterverfahren nach § 24 (3) der VOF vorzunehmen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost Vorlage: IV/2006/05541

Wortprotokoll:

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass die Untersuchungen zu den Kosten für freiwillige Lärmschutzmaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind und an dieser Stelle nur ein Zwischenstand gegeben werden kann.

Es wurden verschiedene Varianten geprüft. Die Aufschüttung eines Erdwalls wurde wegen zu hoher Kosten nicht weiter in Erwägung gezogen. Der Einbau von Lärmschutzfenstern erfüllt das eigentliche Ziel, die Grundstücke zu schützen nicht.

Die Kosten für eine Lärmschutzwand werden in etwa zwischen 250 und 300 T€ betragen. Es besteht kein Zeitdruck, da der rechte Arm der HES in absehbarer Zeit nicht realisiert wird. Im nächsten oder übernächsten PA werden die Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt.

Herr Weihrich wollte wissen, welche Maßnahmen im nun abgeschlossenen Planfeststellungsbeschluss vorgesehen sind.

Herr Dr. Pohlack sagte, dass für die diskutierten Grundstücke keine gesetzliche Notwendigkeit des Lärmschutzes besteht.

Herr Prof. Schuh betonte, dass hier nach dem Verursacherprinzip gehandelt werden muss, die Stadt baut eine Schnellstraße und hat demnach die Anwohner zu schützen. Er habe den Eindruck, dass die Verwaltung nicht Willens genug sei, eine Lösung zu finden.

Dies sei eine moralische Verantwortung und dementsprechend muss eine Lösung gesucht werden.

Herr Dr. Pohlack verwahrte sich gegen den Eindruck, dass die Verwaltung unwillig ist. Der rechtliche Rahmen muss trotzdem gewahrt bleiben. Auch eine moralische Verpflichtung müsse aus dem städtischen HH finanziert werden.

Herr Sänger fasste zusammen:

1. nach geltendem Recht besteht keine Verpflichtung der Stadt zum Lärmschutz
2. es besteht eine moralische Verpflichtung, die Verwaltung prüft zur Zeit Möglichkeiten.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

- **Herr Geuther** übergab der Verwaltung schriftliche Anfragen zum Fußweg Alfred-Reinhardt-Straße.

Wird schriftlich beantwortet.

- **Herr Prof. Schuh** fragte, warum die Bauvorhaben „Rose“ und „Dell“ nicht im GBR behandelt wurden.

Herr Dr. Pohlack erklärte, dass gemäß Geschäftsordnung des GBR Vorhaben behandelt werden, die für das „Stadtbild prägend in Erscheinung“ treten. Das ist beim Standort DELL nicht der Fall.

Herr Prof. Schuh war mit der Antwort nicht zufrieden. Er möchte eine schriftliche Antwort. Er äußerte den Verdacht, dass diese Vorhaben nicht im GBR behandelt werden sollten, um eine Bauverzögerung zu vermeiden und der GBR ansonsten als Instrument der Investitionsverzögerung benutzt wird.

Wird schriftlich beantwortet.

Herr Sänger sagte zu diesem Thema, dass die Geschaftsbordnung des GBR dahingehend verändert werden sollte, dass der Planungsausschuss über die zu behandelnden Vorhaben entscheidet. Er kündigte an, dass die CDU-Fraktion die neuen GBR-Mitglieder nicht bestätigen wird.

Frau Prof. Vent meinte, dass die Stadträte auch einmal am GBR teilnehmen sollten, um die Situation richtig beurteilen zu können.

Herr Sänger war der Meinung, dass er durch den Vertreter der Fraktion ausreichend informiert sei. Er bezog sich auf das Beispiel Einfamilienhaus Talstraße, dass seiner Meinung nach unntlicherweise im GBR behandelt wurde.

- **Herr Weihrich** fragte, wann das überarbeitete Stadtentwicklungskonzept im SR vorgestellt wird

Herr Weber antwortete, dass dies für das dritte Quartal 2006 vorgesehen ist.

zu 7 **Anregungen**

Wortprotokoll:

keine

zu 8 **Mitteilungen**

Wortprotokoll:

Die Anfragen von Herr Ploß zu Heide-Süd werden insgesamt schriftlich beantwortet

zu 8.1 **Mitteilung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 06.02.2006** **Vorlage: IV/2006/05653**

Wortprotokoll:

Herr Scholze teilte mit, dass seine Fraktion einen Änderungsantrag zur Vorlage der Bestätigung der neuen Mitglieder in den Stadtrat am 29.03.2006 einbringen wird.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

zu 8.2 **Prauftrag zur Errichtung von Fußgängerüberwegen (Antrag-Nr. IV/2006/05590)**

Wortprotokoll:

Es bestand kein Diskussionsbedarf. Die Antwort der Verwaltung zum Stadtrat am 22.02.2006 wird akzeptiert.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Schmiedehaus Protokollführerin	Dr. Pohlack Beigeordneter	gez. Sänger Vorsitzender
-----------------------------------	------------------------------	----------------------------------------